

Grossbritannien: Endlich Verbot von Konversionstherapien

Es ist ein Trauerspiel, was das Verbot von Konversionsmassnahmen in Grossbritannien betrifft. Seit Jahren und von mehreren Premierministern versprochen, dann nur halbherzig angekündigt, und nun soll unter Rishi Sunak ein neuer Anlauf genommen werden um ein Verbot dieser äusserst LGBTI+ feindlichen Praktiken endlich umzusetzen.

Seit dem Jahr 2018 und unter Theresa May wurde das Verbot von Konversionsmassnahmen immer wieder versprochen, doch erst Boris Johnson hat einen ersten Anlauf genommen und tatsächlich einen Entwurf vorgestellt. Dieser führte allerdings zu grossen Protesten innerhalb der LGBTI+ Community, da die Regierung nur Konversionsmassnahmen basierend auf der sexuelle Orientierung verbieten wollte, nicht aber aufgrund der Geschlechtsidentität.



Für die Community war damals klar: Man wird sich erst mit einem neuen Gesetz zufrieden geben, wenn auch tatsächlich alle queeren Menschen vor diesen LGBTI+ feindlichen und mitunter gefährlichen Praktiken geschützt sind. Das Gesetz erlitt damals Schiffbruch und Johnson verspielte damit vollends seine Glaubwürdigkeit innerhalb der Community. Seine Nachfolgerin, Liz Truss, kam gar nicht erst dazu, sich mit dem Anliegen zu befassen und war nach kurzer Zeit nicht mehr im Amt, und somit liegt der Ball nun bei Rishi Sunak.

In diesen Tagen will er nun seine Version eines Verbots von Konversionsmassnahmen vorstellen, und es soll diesmal vollumfänglich sein und alle LGBTI+ vor diesen Praktiken schützen. So soll es der Premier selber sein, welcher den Gesetzesentwurf lancieren will, und nicht Kemi Badenoch, die Ministerin für Frauen und Gleichstellung. Berichten zufolge soll man an der Downing Street, dem Amtssitz des Premierministers, überrascht gewesen sein, wie gross die Unterstützung für ein allumfassendes Verbot von Konversionsmassnahmen ist – selbst innerhalb der Konservativen von Rishi Sunak.

Laut Medienberichten hat die plötzliche Eile seine Gründe: Man will das Gesetz offenbar noch durchkriegen, bevor Wales eine eigene Version davon einführt. Auch in Schottland und Nordirland stehen bereits Entwürfe bereit, welche aus Frustration ausgearbeitet wurden, weil die britische Regierung in dieser Angelegenheit nicht vorwärts gemacht hat. Dieser Frust wurde damals noch grösser, als Boris Johnson versuchte, das Verbot ohne den Schutz von trans und inter Menschen durchzubringen.

Im November 2022, wenige Wochen nach dem Antritt des neuen Premierministers, haben schliesslich zahlreiche britische Abgeordnete von den verschiedensten Parteien einen erneuten Aufruf gestartet, diesmal an die Regierung Sunak gerichtet: Man solle das Versprechen, welches seit Jahren immer wieder erneuert wird, endlich umsetzen und ein Verbot vorstellen, welches alle queeren Personen vor Konversionsmassnahmen schützt.